

**Bewerten Sie die Ereignisse des 17. Juni 1953 im Hinblick auf die weitere Entwicklung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.**

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 hatten der DDR-Führung gezeigt, dass sie keineswegs auf die Begeisterung des Volkes angesichts von Sozialismus und Diktatur rechnen konnte, sondern dass im Gegenteil eine Demokratie nach westlichem Vorbild mit freien Wahlen und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse fest im Blickfeld der Bevölkerung geblieben war. Dem politischen und gesellschaftlichen Druck, den die Regierung nach dem Aufstand ausübte, um Kritiker zum Schweigen zu bringen, konnten Hunderttausende nur durch die Flucht in den Westen entgehen. Für die Partei war aber auch klar, dass sie sich auch weiterhin nur durch die sowjetische Militärpräsenz an der Macht halten konnte.

Andererseits war der DDR-Führung gezwungen, dem Druck nachzugeben, soweit es eben mit ihren Industrialisierungszielen ("Einholen" und "Überholen") zu vereinbaren war. Das brachte in der Folgezeit, in größerem Umfang allerdings erst in den 70er Jahren, Verbesserungen im Lebensstandard und in der sozialen Absicherung mit sich.

Kritiker des Regimes aber und Oppositionelle mussten sich immer wieder gewärtig sein, dass jeder Versuch, das Regime zu ändern oder gar zu stürzen, unter dem Druck der sowjetischen Waffen scheitern musste. Was 1953 in der DDR geschah, wiederholte sich 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei – und stand auch 1981 in Polen als Drohung und ernst zu nehmendes Risiko im Raum. Die Tatsache, dass die Regierung der DDR bereit war, sowjetische Panzer gegen das eigene Volk auffahren zu lassen, schwächte ihre Legitimation im Innern nachhaltig. Die daraufhin – und mit der neuen Sozialisierungspolitik Ende der 50er Jahre – anwachsende Fluchtwelle konnte die SED-Führung schließlich nur durch den Bau der Mauer 1961 stoppen.

Außenpolitisch bedeutete der 17. Juni für die DDR im Westen einen weiteren Verlust der ohnehin nur durch die Konfrontation des Kalten Krieges aufrecht erhaltenen Legitimation. Auch hier verstärkte der Ungarn-Aufstand von 1956 dieses Bild. Im Osten dagegen galt er als siegreich beendeter Versuch der Konterrevolution und damit als Sieg des Sozialismus.

In der Bundesrepublik wurde der 17. Juni durch Beschluss des Deutschen Bundestages am 4. August als "Symbol der deutschen Freiheit in Einheit" zum "Tag der deutschen Einheit" und zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Man sah ihn aus Ausdruck der durch die kommunistische Diktatur unterdrückten Volkssouveränität und als verzweifelten Versuch, den Wunsch nach Demokratie und nationaler Einheit zu artikulieren. Die Ereignisse des 17. Juni bestärkten alle politischen Kreise darin, die Wiedervereinigung als drängende Forderung aufrecht zu erhalten. Das Verhalten der SED-Führung und der Sowjetischen Regierung ließen keinen Zweifel mehr am diktatorischen Charakter des Regimes und bestärkten sowohl die antikommunistische Grundhaltung als auch die Auffassung, dass allein in der strikten Hinwendung zum Westen die einzige Möglichkeit für die Bundesrepublik lag. Die "Brüder und Schwestern im Osten" galten mehr und mehr als

unterdrückte Landsleute, deren Interessen die Bundesrepublik mit ihrem Alleinvertretungsanspruch zu wahren hatte.

Abschließend kann noch darauf hingewiesen werden, dass die Westalliierten die sowjetische Einflussphäre achteten und ebenso wenig wie 1961 beim Bau der Mauer in die Geschehnisse eingriffen.

**Links zum 17. Juni:**

Bundeszentrale für politische Bildung:

<http://www.17juni53.de/home/index.html>

Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg:

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/links/17juni1953.htm>